

Veröffentlichungssperre bis zur Ratssitzung am 29.11.2018 18:00
Es gilt das gesprochene Wort.

29.11.2018

Haushaltsrede der SPD-Ratsfraktion Korschenbroich

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
mit dem Haushalt 2019 übernehmen wir als SPD weiterhin Verantwortung für unsere Stadt und setzen unsere erfolgreiche Politik für unsere Bürgerinnen und Bürger fort. Dabei steht die Weiterentwicklung unserer Stadt in sozialer Verantwortung in unserem besonderen Fokus. Wir wirken dem demografischen Faktor durch Ausweisung von Baugebieten entgegen, damit insbesondere auch junge einheimische Familien und Neubürger ihr Zuhause in unserer Stadt finden. Wir stellen sicher, dass alle Baugebiete nur im Rahmen des Baulandmanagements entwickelt werden. Mehrfamilienhäuser mit einem Anteil von 20 % sozialem Wohnungsbau sind wichtiger Bestandteil der Planungen. Der behindertengerechte und insbesondere rollstuhlgerechte Ausbau liegt uns besonders am Herzen. Die selbstbestimmte Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist wichtiger Bestandteil unserer Politik. Hierzu zählen die Bedarfsplanungen für unsere Kindertageseinrichtungen, Schulen und offenen Ganztagsangebote an unseren Grundschulen. Für die Vereine und Verbände stellen wir ein Angebot an Räumlichkeiten, Sporthallen und Freisportanlagen zur Verfügung. Bei allem was wir erreicht haben, wissen wir, dass wir besonders als Stärkungspaktkommune nicht alles wünschenswerte umsetzen können. Wir sind dem Stärkungspakt freiwillig beigetreten und haben diesem Regelwerk zugestimmt. Ziel ist es, für 2021 einen ausgeglichenen

Haushalt ohne Stärkungspaktmittel aufzustellen. Auf diesem Weg wollen wir die Belastungen für unsere Bürgerinnen und Bürger, Gewerbetreibenden, Landwirte, Vereine und Verbände so gering wie möglich halten. Deshalb führte der Vorschlag der Verwaltung, die Grundsteuer zu erhöhen, zu sehr intensiven Diskussionen. Die Ankündigung des Kreises die Kommunen entlasten zu wollen, führte dazu, dass weitere Informationen zur Veränderung der Planungsdaten erforderlich wurden. Die in der Hauptausschusssitzung vorgelegten Planrechnungen zeigten auf, dass die geplanten Steuererhöhungen zwingend erforderlich sind, um einen genehmigungsfähigen Haushalt und Haushaltssanierungsplan zu beschließen. Natürlich ist es ärgerlich, wenn wir hören, dass die Steuereinnahmen des Staates steigen, jedoch nicht genug bei den Kommunen ankommt. Dieser Unmut hilft uns aber bei der Bewältigung unserer Herausforderungen nicht weiter. Wir als Sozialdemokraten werden das Heft des Handelns weiter in unserer Hand halten und nicht durch eine Verweigerungshaltung (nein zu den Planungen) an einen Sparkommissar des Landes abgeben. Wir stellen aber weiterhin die Forderung an Land und Bund für eine ausreichende Finanzausstattung der kommunalen Ebene zu sorgen. Aber auch die Umlageverbände (Kreis, Kreisjugendamt usw.) dürfen nicht aus der Verantwortung für eine sparsame Haushaltsführung entlassen werden.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
 sehr geehrte Damen und Herren,
 spätestens jetzt wirft sich die Frage auf, was hat uns die Teilnahme am Stärkungspakt gebracht? Über den Zeitraum von 9 Jahren stellt uns das Land 11,2 Mio. Euro Konsolidierungshilfe zur Verfügung. Wir konnten für uns kostenlose Beratungsleistungen in Anspruch nehmen. Der von uns bis zum Ende des Planungszeitraums zu leistende Konsolidierungsbeitrag wird bei 28,1 Mio. Euro liegen. Der Pakt hat uns geholfen das strukturelle Haushaltsdefizit und die

Gesamtverschuldung abzubauen, um den Gestaltungsspielraum zu erlangen, den wir brauchen, um unsere Stadt zukunftsfest zu machen. Wir wollen nach dieser Zeit ohne Haushaltssicherungskonzepte und ohne Haushaltssanierungspläne unsere Stadt in sozialer Verantwortung weiterentwickeln. Aber auch danach gilt es, sparsam zu wirtschaften, darauf zu achten, dass der Haushaltsausgleich auch ohne Rücklagenentnahme erreicht werden kann und die Gesamtverschuldung weiter gesenkt wird. Die Investitionskredite werden Ende 2019 bei 30,8 Mio. Euro und die Liquiditätskredite bei ca. 40,3 Mio. Euro liegen. Das sich hieraus ergebende Zinsrisiko ist nicht zu unterschätzen.

Trotz der angespannten Finanzen unserer Stadt sind wir auf einem guten Weg. Wir werden auch weiterhin mit Mut und Kreativität daran arbeiten, die Spielräume und Möglichkeiten zu nutzen, um das Gemeinwohl zu stärken, unsere Stadt lebens- und liebenswert zu erhalten und weiteres Optimierungspotenzial zu erschließen. Die von uns mit unserem Kooperationspartner auf den Weg gebrachten Anträge zeigen bereits Wirkung oder sind noch in der Diskussion. Die Stadt verändert ihr Gesicht. Neue Baugebiete sind entstanden oder entstehen, die Regionalplanung wurde überarbeitet. Nun gilt es die Zukunftsplanungen für unsere Stadt im Dialog weiterzuentwickeln.

Das Baulandmanagement zur Entwicklung von Baugebieten hat sich bewährt. Der Verkauf der städtischen Grundstücke erfolgt auf der Basis eines transparenten Kaufpreis- und Punkteverfahrens. Familien werden sowohl bei der Punktebewertung wie auch finanziell gefördert. Neben der Schaffung von Einfamilienhäusern wird der Bau von Mehrfamilienhäusern und öffentlich gefördertem Wohnungsbau durchgesetzt. Auf unseren Antrag hin werden von der Stadt 12 öffentlich geförderte Wohnungen in einem Mehrfamilienhaus im Neubaugebiet „Westliche Dietrich-Bonhoeffer-Straße“ gebaut. Dabei werden alle Wohnungen behindertengerecht und 2 Wohnungen als

rollstuhlgerechte Wohnungen ausgebaut. Eine weitere Verbesserung könnte sich aus den Überlegungen und dem Prüfauftrag an die Verwaltung ergeben, ob sich das als Übergangwohnheim in Glehn geplante Gebäude in Massivbauweise und als öffentlich geförderter Wohnraum realisieren lässt. Dabei ist zu prüfen, welche Förderungsmöglichkeiten und Kosteneinsparungen erzielt werden können. Trotz dieser Maßnahmen wird die Situation auf dem angespannten Markt für bezahlbaren Wohnraum nicht gelöst werden können. Hier braucht es weiterer Kraftanstrengungen.

Da wir als Stadt eine Gewerbesteuerschwäche haben, ist zur Stärkung der Gewerbesteuer neben der Bestandspflege, die wichtiger Bestandteil unserer Wirtschaftsförderung ist, die Entwicklung von Gewerbeflächen erforderlich. Die Verwaltung wurde deshalb beauftragt, für das Gewerbegebiet „Glehner Heide II“ einen Zeitplan und eine Kalkulation der Erschließungs- und weiterer Investitionskosten vorzulegen. Ein weiterer kleiner Baustein wäre die Zuführung des freiliegenden Grundstücks an der Regentenstraße, nördlich der Kreuzung Regentenstraße/Friedrich-Ebert-Straße/L 381 als Gewerbegebiet.

Wir als SPD stehen zum Brandschutzbedarfsplan und zu unseren freiwilligen Feuerwehren, denn sie sind fester Bestandteil des Sicherheitskonzeptes in unserer Stadt. Die Nachfinanzierung für das Feuerwehrgerätehaus Kleinenbroich mit 700.000 Euro runden die zwingend notwendige Verlagerung des Feuerwehrstandortes in Kleinenbroich ab.

Die Anzahl der Plätze in unseren Kindertageseinrichtungen wird durch Schaffung weiterer Kindergärten und Kindergartengruppen entsprechend der Kindergartenbedarfsplanung erweitert. Mögliche Versorgungsengpässe sind mit

entsprechenden Lösungen rechtzeitig aufzuzeigen, damit sie in die jeweiligen Etatplanungen einbezogen werden können.

Die Grundschulstandorte sind durch ausreichende Schülerzahlen gesichert, dies unterstreicht, wie interessant unsere Stadt als Wohnort für junge Familien ist. Beim offenen Ganztagsangebot an den Grundschulen insbesondere in Korschenbroich und Kleinenbroich besteht weiterer Bedarf. Unser Kooperationspartner und wir sehen die Notwendigkeit des weiteren Ausbaus dieses Angebotes, auch wenn es zu den freiwilligen Leistungen zählt. Deshalb haben wir die Verwaltung beauftragt, Lösungen unter Berücksichtigung unserer Haushaltssituation zu erarbeiten.

Die Prognosen der Schulentwicklungsplanung, die bis zum Schuljahr 2024/25 reichen, sehen derzeit keinen aktuellen Handlungsbedarf. Für das Gymnasium ist mit der Rückkehr zu G9 rechtzeitig, spätestens zum 1.8.2026, eine Erweiterung um 6 Klassen erforderlich. Die Hauptschule wird mit einer Eingangsklasse durchgehend prognostiziert. Der Bestand der Hauptschule wird aber maßgeblich durch das Übergangsverhalten bestimmt.

Dank der Förderprogramme von Bund und Land kann die Digitalisierung und Instandhaltung unserer Schulen in den nächsten Jahren in nicht unerheblichem Umfang weitergeführt werden.

Ebenfalls durch Förderprogramme konnte der Tennenplatz in Kleinenbroich als Kunstrasenplatz umgebaut und das Waldstadion in Korschenbroich saniert werden. Es verfügt jetzt über einen Kunstrasenplatz und eine moderne Leichtathletikanlage. Für die Verbesserung des Sportplatzes in Liedberg sind 60.000 Euro vorgesehen. Hier ist ein Umsetzungskonzept zu erstellen. Die Vereine leisten eine hervorragende Arbeit

und sind gut aufgestellt. Deshalb haben wir die Verwaltung beauftragt, mit in Frage kommenden Sportvereinen Gespräche über eine Übertragung von städtischen Sportstätten zu führen und entsprechende Modelle zu entwickeln. Dies sollte Einsparungen bei der Stadt und Vorteile für den Verein durch größere Gestaltungsspielräume und Einsparungen durch einfachere Beauftragung und Nutzung von Eigenleistungen bringen.

Der von uns im vergangenen Jahr gestellte Antrag zur Attraktivitätssteigerung des Hallenbades Korschenbroich zeigt nun mit der Vorstellung der Gestaltungsvorschläge für die Außenanlage erste Konturen. Für diese Maßnahme und 3 Kleinspielfelder in Glehn, Herrenshoff und Kleinenbroich wurden entsprechende Bundesmittel beantragt. Alle vier Projekte verbessern erheblich die Freizeitmöglichkeiten unserer Jugendlichen und Kinder.

Für den von uns geforderten Fuß- und Radweg zwischen Bebauungsende Rhedung und L361 konnten die Planungen beauftragt werden, da 20.000 Euro in diesem Jahr zur Verfügung standen. Für die Realisierung im nächsten Jahr sind weitere 580.000 Euro bereitgestellt.

Für den Ausbau der Unterführung Holzkamp werden 1,8 Mio. Euro bereitgestellt. Sie ist eine wichtige Verbindung zur Unterquerung der den Ortsteil Kleinenbroich trennenden Bahntrasse.

Der von uns mit dem Haushalt 2017 eingebrachte Antrag zur Prüfung der Rückholung der Eigenbetriebe „Städtischer Abwasserbetrieb“ und „Stadtpflege“ wird heute auf Empfehlung des Hauptausschusses und des Betriebsausschusses im Rat abschließend beraten. Dieser Entscheidung lagen die externe Prüfung der Machbarkeit und das

Ergebnis der Organisationsuntersuchung über eine mögliche Umsetzung zugrunde. Als Ergebnis wird die Stadtpflege zum 1.1.2020 in die Stadt reintegriert und der Abwasserbetrieb bleibt als Eigenbetrieb erhalten. Da die Studie von ca. 77.000 Euro Personalkosteneinsparungen ausgegangen war, ist die Verwaltung nun aufgefordert, zu prüfen, welche Personalkosteneinsparungen bereits im Haushaltsjahr 2019 realisiert werden können. Die weiteren Ergebnisse der Organisationsuntersuchung der Gesamtverwaltung bedürfen noch weiterer Beratungen in den Fraktionen.

Die Planungen 2019 und der Haushaltssanierungsplan gehen von geringen Haushaltsüberschüssen in den nächsten Jahren aus, die keine großen Spielräume eröffnen. Deshalb müssen wir auch in den nächsten Jahren weitere Möglichkeiten zu Haushaltsverbesserungen erschließen. Wir nehmen diese Herausforderung an und stimmen dem Haushalt 2019, der Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes, den Wirtschaftsplänen 2019 und den Stellen- und Organisationsplänen zu.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.

Paul Jahny

Fraktionsvorsitzender